

# Die schlechteste aller Steuern

**MEINUNG** Die Initiative der Juso für eine Erbschaftssteuer würde in der Schweiz grosse zerstörerische Wirkung entfalten. Das Beispiel Deutschland zeigt, wie grosser Aufwand und Umstand doch ins Leere greifen. **REINER EICHENBERGER**

Die Juso wollen eine eidgenössische Erbschaftssteuer von 50% auf Nachlässen über 50 Mio. Fr. Gemäss ihrer Volksinitiative sollen der Steuerertrag der «sozial gerechten Bekämpfung der Klimakrise sowie für den dafür notwendigen Umbau der Gesamtwirtschaft» dienen und die Ausführungsbestimmungen rückwirkend ab dem Abstimmungsdatum gelten. Die SP und die Grünen unterstützen die Initiative. Dazu dreierlei.

Über die Linken: Eine solche Steuer enteignet – wenn sie denn funktionieren würde – die Besitzerfamilien wertvoller Unternehmen, Unternehmensanteilen und anderen Vermögenswerten. Die allermeisten könnten die Steuern nur bezahlen, indem sie ihre Unternehmen und Werte ganz oder grossenteils verkaufen. Kaufen würden sie aber zu meist nicht Schweizer, weil diesen bei der nächsten Weitergabe wieder die Hälfte weggenommen würde, sondern Ausländer oder staatsnahe Betriebe, die sich die Unternehmen oft zum Schnäppchenpreis aneignen könnten.

So würde in der Schweiz der freiheitlichen Wirtschaft und dem Unternehmertum der Boden entzogen. Damit ist diese anti-kapitalistische Initiative auch anti-schweizerisch und Anti-Klimaschutz. Denn die Dekarbonisierung der Wirtschaft verlangt eine technologische Transformation unerhörten Ausmasses, die nur dank grösster Innovationskraft und erfolgreichstem Unternehmertum möglich sein wird. Dass die SP und die Grünen solchen Unsinn mittragen, ist befremdlich und aufschlussreich.



*«In Ländern mit hohen Erbschaftssteuern sind die Einnahmen klein.»*

## Anreize zum Ausweichen

Über die Bürgerlichen: Obwohl das Volk die Initiative abschmettern wird, wenn die Bürgerlichen nicht völlig versagen, ist sie wegen der Rückwirkungsklausel höchst schädlich. Diese zeigt der Welt, wie bedroht der Rechtsstaat in der Schweiz ist. Schon eine 2015 mit 71% abgelehnte Erbschaftssteuerinitiative hatte eine Rückwirkungsklausel mit sehr schädlicher Wirkung. Dass Regierung und Parlament danach die Rückwirkungsproblematik nicht lösten, ist ein schwerer Fehler. Offensichtlich braucht es eine Volksinitiative zum Verbot von Rückwirkungsklauseln.

Über die Erbschaftssteuer: Bekanntlich gibt es auch ernsthaftere Befürworter von Steuern auf Erbschaften für Kinder und Enkel. Sie halten diese für besonders gute und gerechte Steuern, die kaum negative Leistungsanreize brächten und jene träfen, die ohne Leistung viel erhielten. Damit liegen sie falsch. Natürlich würden hohe,

funktionierende Erbschaftssteuern die Leistungsanreize massiv senken. Aber gerade bei grossen Vermögen funktionieren sie nicht.

Wenn Erbschaftssteuern am Wohnsitz der Erben erhoben würden, können diese die Steuer durch Umzug auf den erwarteten Erbzeitpunkt an einen Ort ohne Erbschaftssteuern leicht umgehen. Deshalb werden Erbschaften in der Regel im Wohnsitzland nicht der Erben, sondern der Erblasser besteuert. Aber auch das funktioniert bei grossen Erbschaften kaum.

Wie schon gesagt fallen viele grosse Erbschaften in Form von Unternehmungen und Immobilien an, und die meisten Erben könnten die Steuern nicht bezahlen, ohne die Unternehmen und Immobilien zu verkaufen oder zu liquidieren. Deshalb besteuern die meisten Staaten solche Erbschaften tiefer als Finanzvermögen. Das gibt den potenziellen Erblassern Anreize, ihr Vermögen möglichst in solche steuerbegünstigten Formen «zu verpacken». Daraus resultieren hohe volkswirtschaftliche Kosten, weil viel Kapital wenig ertragreich angelegt wird und ineffiziente Eigentümerstrukturen gefördert werden. Deshalb haben viele Länder wie Schweden oder Österreich die Erbschaftssteuern abgeschafft.

Zweitens werden Erblasser immer mobiler und der Todeszeitpunkt zunehmend beeinflussbar. Entsprechend können sie ihren Wohnsitz auf den Todes- oder Schenkungszeitpunkt hin an einen Ort ohne Erbschaftssteuern verlegen. Freunde hoher Erbschaftssteuern meinen, wenigstens die Vererbung von in der Schweiz gelegenen Firmen und Immobilien könne man besteuern. Aber auch das ist naiv. Die Erblasser können Firmen und Immobilien in Aktiengesellschaften verpacken, den Wohnsitz kurz ins Ausland verlegen und von dort die Aktien übertragen. Dann gibt es in der Schweiz keinen besteuerebaren Erb- oder Schenkungsstatbestand.

Gerade wohlhabende Familien besitzen zumeist mehrere Liegenschaften im Ausland, sodass eine Wohnsitzverlagerung ein Leichtes ist. Zudem gilt: Bei grossen Erbschaften geht es schnell um sehr grosse Steuerbeträge. Falls da die Erblasser und Erben nichts zur Steuerminderung unternehmen, ergreifen Familienanwälte und Hausbanken die Initiative, die an den Steuerersparnissen ihrer Klienten mitprofitieren.

Wie wenig Ertrag auch die aggressivsten Erbschaftssteuern erbringen, zeigt Deutschland. Da gelten auf Erbschaften in der direkten Linie und auch an Ehegatten hohe Steuern, zum Beispiel 11% ab 500 000 € (inkl. Freibetrag), 19% ab 1 Mio., und 30% ab 26 Mio. €. Zur Verhin-

derung von Ausweichreaktionen erhebt Deutschland anders als international üblich die Erbschaftsteuer, wenn der Erblasser oder die Erben Inländer sind. Zudem besteuert es seine Staatsangehörigen bis zu fünf Jahre nach Wegzug und erhebt eine Wegzugsteuer für Vermögende. So führt eine Steuer zur nächsten und auch zur Einschränkung des Rechts auf freie Auswanderung. Umgehen lässt sich die extraterritoriale Besteuerung durch eine frühzeitige Republikflucht, was grosse Ausfälle bei der Einkommenssteuer bringt.

## Weg zur Knechtschaft

Zugleich müssen an allen Ecken und Enden Schlupflöcher gestopft werden. So müssen Auszahlungen von Lebensversicherungen möglichst so wie Erbschaften besteuert werden, weil sie sonst gute Vehikel zur Umgehung der Erbschaftsteuer sind. Deshalb wird ein gewichtiger Teil der Versicherungszahlungen weggesteuert, mit denen verantwortungsvolle verstorbene Väter oder Mütter ihre Liebsten absichern wollten. Ein anderes Beispiel sind Familienstiftungen, die heute in Deutschland alle 30 Jahre einen virtuellen Erbgang versteuern müssen, um Steuerumgehungen zu verhindern.

Trotz dieser Unterwerfung der Bürger bringen die Erbschaftssteuern in Deutschland nur ähnlich hohe Einnahmen relativ zum Bruttoinlandsprodukt und den Gesamtsteuereinnahmen wie heute in der Schweiz, wo es kaum Erbschaftssteuern für Kinder und Enkel gibt. Das Gleiche gilt auch für andere Länder mit hohen Erbschaftssteuern: Die Einnahmen sind klein, der Aufwand und die Einschränkung der Bürger gross.

Schliesslich ist zu bedenken, weshalb Erbschaftssteuern so leicht ausgewichen werden kann. Wenn der Staat standortgebundene Grössen wie das Einkommen und die Wertschöpfung besteuert, die über das ganze Jahr entstehen und zu denen er mit guten öffentlichen Leistungen beiträgt, bewirkt das zweierlei: Erstens haben die Bürger Anreize, die Steuern zu bezahlen. Wenn sie sich ihnen durch Abwandern entziehen, müssen sie auch auf das Einkommen verzichten. Zweitens erhält der Staat Anreize, gute Standortbedingungen zu bieten, sodass seine Steuererträge sprudeln.

Im Gegensatz dazu belasten Erbschaftssteuern keine permanente Wertschöpfung, sondern den Tod, den nur kurz dauernden Verlust des höchsten Wertes, des Lebens. Zum Tod aber trägt der Staat nichts bei und sollte auch nichts beitragen. Deshalb gehen von Erbschaftssteuern keine positiven Anreize auf den Staat aus, und deshalb können die Betroffenen ihnen gut ausweichen. Somit führen Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen nicht zu Wohlstand für alle, sondern auf den «Weg zur Knechtschaft».

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe.

## Kein Schnellschuss

**Ein Grund, warum die Aktienmärkte über die letzten Jahre und Jahrzehnte so beeindruckende Renditen abgeworfen haben:**

das Vertrauen in die Notenbanken, allen voran ins US-Fed. Die Anleger setzten darauf, dass das Fed die Märkte in schwierigen Phasen mit Zinssenkungen oder grossen Liquiditätsspritzen schnell wieder in Schwung bringt. Das nennt man dann Fed Put und funktioniert nach dem Schwarzen Montag 1987 und auch in der Finanzkrise 2008.

Die Fed-Gläubigkeit ist auch dieses Mal ein Grund dafür, warum sich die Märkte nach dem Kursgewitter schnell wieder erholen. Man rechnet damit, dass das Fed wenn nötig die Zinsen schneller senkt als erst am geplanten Treffen im September. Ich persönlich setze aber darauf, dass das Fed Ruhe bewahrt und bis September wartet. Die Händler, die vor ein paar Tagen die Wahrscheinlichkeit einer Zinssenkung binnen Wochenfrist auf 60% bezifferten, sollten sich gut überlegen, ob sie das auch wollen.

**Das sage ich nicht nur, weil der US-Arbeitsmarkt angesichts der jüngsten Zahlen zu den Erstanträgen in besserer Verfassung zu sein scheint als vergangene Woche angenommen.** Sondern wegen der Signalwirkung. Prescht das Fed voraus, heisst das für die Anleger, dass eine Rezession vor der Tür steht, was wiederum auf die ohnehin angekratzte Zuversicht drückt, die Investitionsfreudigkeit trifft und dann die Aktienkurse testet.

Eine reguläre Zinssenkung im September mit dem klaren Hinweis, dass man bereit ist, weiter zu senken, hingegen zeigt Zuversicht, ohne zu viel Gerede auszulösen. Genau das braucht der Aktienmarkt. Das weiss auch das Fed.



**JAN SCHWALBE**  
Chefredaktor  
zum Thema  
Notenbank

# Die KI-Sicherheitsdebatte läuft völlig falsch

**MEINUNG** Die Welt braucht viel robustere Institutionen, um die grossen Technologieunternehmen zu zügeln. **DARON ACEMOGLU**

In den vergangenen Jahren ist eine riesige Industrie entstanden, da China, die USA, Grossbritannien und die EU die Sicherheit künstlicher Intelligenz (KI) zu einer ihrer Prioritäten gemacht haben. Natürlich sollte jede Technologie – von Autos und Arzneimitteln bis hin zu Werkzeugmaschinen und Rasenmähern – möglichst sicher gestaltet sein. Doch es reicht nicht, Sicherheitsbedenken zu äussern.

Bei künstlicher Intelligenz konzentriert sich die Debatte viel zu sehr auf die Sicherheit vor den von einer künstlichen allgemeinen Intelligenz (KAI) ausgehenden Risiken, einer Superintelligenz, die alle Menschen bei den meisten kognitiven Aufgaben übertreffen kann. Dabei geht es um die Frage der korrekten Abstimmung: ob KI-Modelle Ergebnisse liefern, die den Zielen und den Werten ihrer Nutzer und Entwickler entsprechen – ein Thema, das zu verschiedenen Science-Fiction-Szenarien führt, in denen eine superintelligente KI entsteht und die Menschheit zerstört.

## Wer kontrolliert?

Der Bestsellerautor Brian Christian konzentriert sich in seinem Buch «The Alignment Problem» vor allem auf KAI, und die gleichen Bedenken haben Anthropic, eines der wichtigsten Unternehmen in diesem Bereich, veranlasst, Modelle mit eigenen «Verfassungen» zu entwickeln, in denen ethische Werte und Grundsätze verankert sind. Diese Ansätze könnten aus mindestens zwei Gründen fehlgeleitet

sein. Die Sicherheitsdebatte vermenschlicht KI nicht nur, sondern sie verleitet auch dazu, sich auf die falschen Ziele zu konzentrieren. Da sich jede Technologie zum Guten oder zum Schlechten nutzen lässt, kommt es letztlich darauf an, wer sie kontrolliert, welche Ziele er verfolgt und welchen Vorschriften er unterworfen ist.

*«Die Sicherheitsdebatte vermenschlicht KI und verleitet dazu, sich auf falsche Ziele zu konzentrieren.»*

Kein noch so grosses Mass an Sicherheitsforschung hätte verhindert, dass 2017 bei der Kundgebung weisser Rassisten in Charlottesville (Virginia) ein Auto als Waffe eingesetzt wurde. Wenn wir davon ausgehen, dass KI-Systeme ihre eigenen Persönlichkeiten haben, könnten wir zu dem Schluss kommen, dass unsere einzige Option darin besteht, dafür zu sorgen, dass sie abstrakt gesehen die richtigen Werte und Verfassungen haben. Doch die Prämisse ist falsch, die vorgeschlagene Lösung würde bei weitem nicht ausreichen.

Das Gegenargument lautet natürlich, dass es enorm wichtig wäre, ob das System auf die menschlichen Ziele abgestimmt ist, weil es Schutzmechanismen, die der Gerissenheit einer Superintelligenz gewachsen wären, nicht gäbe. Doch

bringt uns diese Behauptung zum zweiten Problem bei einem Grossteil der KI-Sicherheitsdiskussion. Selbst wenn wir uns auf dem Weg zu einer KAI befinden (was höchst unwahrscheinlich erscheint), wäre die unmittelbarste Gefahr immer noch der Missbrauch einer nicht-superintelligenten KI durch den Menschen.

Nehmen wir an, dass es einen Zeitpunkt (Z) in der Zukunft gibt (sagen wir 2040), an dem die KAI erfunden wird, und dass bis zu diesem Zeitpunkt KI-Systeme, die nicht über KAI verfügen, noch nicht autonom handeln. Betrachten wir nun die Situation ein Jahr vor Z. Zu diesem Zeitpunkt werden die dann existierenden KI-Systeme enorm leistungsstark sein, weil sie an der Schwelle zur Superintelligenz stehen). Die Frage lautet dann: Wer hat in diesem Moment die Kontrolle?

## Der Faktor Mensch

Die Antwort wäre: menschliche Akteure, entweder individuell oder kollektiv in Form einer Regierung, eines Konsortiums oder Unternehmens. Um die Diskussion zu vereinfachen, bezeichne ich die für die KI verantwortlichen menschlichen Akteure an dieser Stelle als Unternehmen X. Dieses Unternehmen (es könnte auch mehr als ein Unternehmen sein, was noch schlimmer wäre) wäre in der Lage, seine KI-Fähigkeiten zu jedem beliebigen Zweck einzusetzen. Wenn es die Demokratie zerstören und die Menschen versklaven wollte, könnte es dies tun. Die Bedrohung,

die so viele Kommentatoren der KAI zuschreiben, wäre bereits eingetroffen. Tatsächlich wäre die Situation wahrscheinlich noch schlimmer als diese Beschreibung, denn Unternehmen X könnte ein ähnliches Ergebnis herbeiführen, selbst wenn es nicht die Absicht hätte, die Demokratie zu zerstören. Wenn seine eige-

*«Die grösste Gefahr ist immer noch der Missbrauch einer nicht-intelligenten KI durch den Menschen.»*

nen Ziele nicht vollständig mit der Demokratie übereinstimmen, könnte die Demokratie (wie bei den sozialen Medien) darunter leiden.

So kann etwa einen bestimmten Schwellenwert überschreitende Ungleichheit das ordnungsgemässe Funktionieren der Demokratie gefährden; diese Tatsache würde Unternehmen X jedoch nicht abhalten, alles zu tun, um sich selbst oder seine Aktionäre zu reicher zu machen. Alle in seine KI-Modelle integrierten Schutzmechanismen zur Verhinderung einer böswilligen Nutzung wären irrelevant, da Unternehmen X seine Technologie immer noch nach Belieben einsetzen könnte. Gäbe es zwei Unternehmen, Unternehmen X und Unternehmen Y, die leistungsstarke KI-Modelle kontrollierten, könnten

eines der beiden oder beide Ziele verfolgen, die dem sozialen Gefüge, der Demokratie und der Freiheit schaden.

## Unmittelbare Risiken

Selbst wenn wir eine angemessene Abstimmung und Beschränkung der KAI erreichen, werden wir nicht sicher sein. Die Bedeutung der Schlussfolgerung ist offensichtlich: Dies ist eine ganz andere Herausforderung als die Behebung von Verzerrungen in KI-Modellen oder deren Abstimmung auf menschliche Ziele.

Warum also sind wir so fixiert auf das potenzielle Verhalten einer vermenschlichten KI? Zum Teil handelt es sich um einen Hype, der der Technologiebranche hilft, mehr Talente und Investitionen anzulocken. Je mehr alle darüber reden, wie sich eine superintelligente KI verhalten könnte, desto mehr wird die Öffentlichkeit glauben, dass eine KAI unmittelbar bevorsteht.

Kleinanleger und institutionelle Investoren werden in das nächste grosse Ding investieren, und Tech-Führungskräfte, die mit Science-Fiction-Darstellungen von superintelligenter KI aufgewachsen sind, erhalten einen weiteren Persilschein. Wir sollten anfangen, den unmittelbaren Risiken mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Daron Acemoglu ist Professor für Volkswirtschaft am Massachusetts Institute of Technology (MIT).  
Copyright: Project Syndicate.